

Dokumente zum Zeitgeschehen

Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage

Dritter und letzter Teilbericht der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen

(Auszüge)

Rund drei Jahre nach ihrer Berufung übergab die Kommission für Zukunftsfragen am 25. November 1997 den dritten und letzten Teil ihrer Studie zur Zukunft der Arbeit in der Bundesrepublik den beiden auftraggebenden Ministerpräsidenten. Der Rückkehr zur klassischen Form der Beschäftigung wird darin eine eindeutige Absage erteilt. Als eine Perspektive jenseits der traditionellen Erwerbsgesellschaft präsentiert der Bericht „Bürgerarbeit“ – ein Konzept, das Kommissionsmitglied Ulrich Beck entwickelt hat. Den Schwerpunkt des Berichts bilden allerdings Empfehlungen, wirtschaftliche Dynamik durch verschiedenste soziale Einschnitte zu erzeugen. Die Maßnahmen, mit denen der Übergang von der „arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft“ zur „unternehmerischen Wissensgesellschaft“ aktiv zu gestalten sei, faßt die Kommission unter Leitung von Professor Meinhard Miegel im wesentlichen unter zwei Stichworten: Anpassungs- und Erneuerungsstrategie. Wir dokumentieren im folgenden „Zusammenfassung und Schlußfolgerungen“. (Vgl. auch die Auszüge aus dem ersten Teilbericht, in: „Blätter“, 1/1997) – D. Red.

Erneuerungsstrategie

Gesellschaftliche Leitbilder verändern

Die Mehrzahl der Kommissionsempfehlungen setzt Veränderungen individueller Sicht- und Verhaltensweisen, vor allem aber kollektiver Leitbilder in den Bereichen Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge voraus. Bisher dominieren hier noch die institutionellen Vorgaben einer arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft. In dieser Gesellschaft erwartet die große Mehrheit der Erwerbsbevölkerung, daß Dritte – Arbeitgeber – ihre Arbeitskraft organisieren und vermarkten und ihr so ein Erwerbseinkommen verschaffen und der Staat sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und im Alter lebensstandardsichernd versorgt. Aufgrund des anhaltenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels können Arbeitgeber und Staat diesen Erwartungen jedoch abnehmend entsprechen. Deshalb müssen möglichst viele Erwerbspersonen mehr Eigenverantwortung für ihre Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge übernehmen, wenn nicht wachsende Teile der Erwerbsbevölkerung zu Verlierern dieses Wandels werden sollen. Eine durchgreifende Verminderung der Beschäftigungs- und der mit ihnen einhergehenden Einkommens- und Vermögensprobleme ist nur durch die Aktivierung aller kreativen und innovativen, d.h. im umfassendsten Sinne unternehmerischen Kräfte sowie durch mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung möglich.

Zwar wird auch in absehbarer Zukunft die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung ganz oder teilweise abhängig beschäftigt sein. Doch darf das Leitbild des Arbeitnehmers nicht im bisherigen Umfang bewußtseinsprägend bleiben. Vielmehr ist das Leitbild der Zukunft der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge. Um sich diesem Leitbild zu nähern, muß der Staat die von ihm gesetzten Rahmenbedingungen so umgestalten, daß individuelle Initiative und Verantwortung geweckt und gefördert werden. Dazu gehört, daß er nicht tiefer in die individuellen Handlungs- und Gestaltungsräume eingreift als dies für den Einzelnen und das Gemeinwohl unerlässlich ist. Alles was darüber hinausgeht, entzieht dem Einzelnen mehr als notwendig und entwöhnt ihn einer eigenständigen Lebensführung.

Wieder herzustellen ist ferner das Primat der Politik gegenüber Gruppeninteressen. In der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung Deutschlands setzen Gruppen nicht selten ihre Interessen ohne Rücksicht auf das Ganze durch. Das trägt erheblich zu dem Mangel an produktiver Beschäftigung, sinkendem Lebensstandard nicht organisierter Bevölkerungsteile und Sozialstaatskrisen bei. Staat und Gesellschaft müssen, wenn erforderlich, bereit sein, Konflikte mit Gruppen auszutragen. Das hohe Gut gesellschaftlichen Konsenses darf nicht zu wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Stillstand oder sogar Abstieg führen.

*Qualifikationen der Bevölkerung veränderter Wirklichkeit anpassen
sowie Kunst und Kultur pflegen*

Neben veränderten Sicht- und Verhaltensweisen erfordert der Übergang von der arbeitnehmerzentrierten Industriegesellschaft zur unternehmerischen Wissensgesellschaft, daß zum Teil andere schulische und berufliche Qualifikationen als bislang vermittelt werden. In der Praxis von Schule, Hochschule und Betrieb werden noch viele Menschen zu möglichst perfekten Kopisten vorgegebener Blaupausen ausgebildet. Solche Kopisten sind für die Ausführung standardisierbarer Tätigkeiten unverzichtbar. Doch nimmt deren Bedeutung für die Volkswirtschaft ab. Für Wirtschaft und Gesellschaft zunehmend wichtig sind hingegen unternehmerisch handelnde, schöpferische Menschen, die willens und in der Lage sind, in höherem Maße als bisher auch in den Bereichen Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Von diesen Menschen gibt es – wie nicht zuletzt die Beschäftigungsprobleme und die Krise der Sozialsysteme zeigen – zu wenige.

Ein wesentlicher Grund hierfür ist, daß die Ausbildung in Schulen, Hochschulen und selbst Betrieben nicht hinlänglich von einer unternehmerischen Kultur geprägt wird. Unternehmerische Begabungen werden – wenn überhaupt – eher zufällig gepflegt und gefördert. Deshalb müssen künftig bei Schülern, Auszubildenden und Studenten gezielt Eigenschaften wie Selbstständigkeit, Verantwortungsbewußtsein, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft entwickelt werden. Hier bestehen derzeit empfindliche Defizite.

Zwar eignen sich hierfür nicht alle Menschen in gleicher Weise. Um so zwingender ist es jedoch, zwischen unterschiedlichen Begabungen und Motivationen zu differenzieren. Das geschieht in Deutschland nicht ausreichend. Dadurch werden Leistungsschwache über- und Leistungsstarke unterfordert. Die Folge ist eine Vergeudung von Wissens- und Könnensressourcen. Künftig müssen nicht nur Schwache, sondern auch Starke ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden. Dazu gehört, Leistungseliten, bestehend aus Männern und Frauen mit überdurchschnittlich kreativen, wissenschaftlichen, praktischen oder künstlerischen Fähigkeiten gepaart mit geistiger Unabhängigkeit, Einsatzbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein, anzuerkennen. Deutschland ist dringend auf solche Eliten angewiesen. [...]

Für den Übergang zur unternehmerischen Wissensgesellschaft ist schließlich die Pflege von Kunst und Kultur von herausragender Bedeutung. Kunst und Kultur erschliessen Kreativität in einer Bevölkerung. Sie sind keineswegs nur dekorative Elemente. Daher sind Aufwendungen für sie auch kein bloßer Konsum, sondern unverzichtbare Investitionen in die Entwicklung einer Gesellschaft.

Existenzgründungen, Innovationen und Investitionen erleichtern

Verhalten sich größere Bevölkerungsgruppen bei ihrer Erwerbsarbeit und Daseinsvorsorge unternehmerischer als bislang, wird das größte Hindernis für individuelle Existenzgründungen: eine weitverbreitete diffuse Risikoscheu allmählich schwinden. Dennoch bleibt es ein großer Schritt von einem allgemeinen unternehmerischen Verhalten zu einer konkreten Existenzgründung. Dieser Schritt kann und soll erleichtert werden.

Das geschieht durch verbesserte Informationen. Existenzgründer scheitern oft an unzureichendem unternehmerischen Wissen. Zwar leisten Wirtschaftsverbände bereits Beachtliches. Doch müssen sie ihre Anstrengungen noch verstärken. Das gilt auch für Schulen, Berufsschulen und Hochschulen. [...]

Darüber hinaus sollen Existenzgründer die Möglichkeit haben, für einige Zeit fachkundig begleitet zu werden. In vielen Fällen kommen hierfür erfolgreiche Unternehmer in Betracht, die aus dem Berufsleben ausgeschieden und daher keine Wettbewerber mehr sind. Sie sollen ihre Dienste öffentlich anbieten oder vermehrt Patenschaften übernehmen. [...]

Ferner muß Existenzgründern der Zugang zu Kapital erleichtert werden, auch wenn dies heute kein kritischer Engpaß mehr ist. Hierzu gehört eine veränderte steuerliche Behandlung von Wagniskapital. Wer dies Existenzgründern zur Verfügung stellt, sollte mindestens wie ein Immobilieninvestor behandelt werden. Noch wichtiger ist jedoch auch hier die Schaffung und Pflege einer insgesamt unternehmerischeren Kultur.

Neben Existenzgründungen sind Innovationen zu erleichtern. Der erste Schritt ist die bessere Nutzung vorhandenen Wissens. [...] So können „Wissensmakler“ weniger erfahrenen Unternehmern den Weg zu neuen Ideen ebnen. Zugleich müssen vernachlässigte Forschungsbereiche verstärkt bearbeitet werden. Zwar kann eine Volkswirtschaft von der Größe der deutschen nicht alle lohnenden Felder beackern. Doch muß die verbreitete Neigung von Wissenschaft und Wirtschaft, sich auf tradierte Forschungsschwerpunkte zu konzentrieren und neue Bereiche zu vermeiden, überwunden werden. [...]

Zu erleichtern sind schließlich Investitionen, vor allem beschäftigungsfördernde Neu- und Erweiterungsinvestitionen. Allerdings ist hierbei zu beachten, daß Investitionen letztlich von ihrer Rendite abhängen. Die aber wird – verstärkt durch die Globalisierung – im wesentlichen von zwei Faktoren bestimmt: der Höhe der Steuern und den Arbeitskosten. Je niedriger diese sind, desto höher ist – unter sonst ähnlichen Bedingungen – die Investitionsbereitschaft. Das aber heißt: Sollen in Deutschland Investitionen erleichtert werden, müssen Steuern und/oder Arbeitskosten gesenkt werden. Dies setzt jedoch weitreichende Eingriffe in die bestehende Wirtschafts- und Sozialstruktur voraus.

Liberalisieren, privatisieren

Ein weiteres wesentliches Element der Erneuerungsstrategie ist die Intensivierung des Wettbewerbs. Von mehr Wettbewerb sind nicht nur Wohlstandsgewinne zu erwarten. Mittel- und langfristig dürfte auch die Beschäftigungslage verbessert oder zumindest der vorhandene Beschäftigungsstand gehalten werden. Kurzfristig könnten allerdings Beschäftigungsverluste eintreten. Sie sind hinzunehmen, um auf mittlere Sicht Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Instrumente der Intensivierung des Wettbewerbs sind die weitere Öffnung bestimmter Güter- und Dienstleistungsmärkte sowie die Privatisierung staatlicher Unternehmen und öffentlicher Leistungen.

Bei der Öffnung von Märkten sind auf nationaler und internationaler Ebene beachtliche Fortschritte erzielt worden. Verbesserungen sind jedoch möglich und geboten im Energiebereich, bei Bahn und Post und bei bestimmten Finanzdienstleistungen. Auch bei der Privatisierung unternehmerischer Aktivitäten des Staates sind Fortschritte unverkennbar. Erhebliche Privatisierungspotentiale bestehen aber beispielsweise noch im kommunalen Wohnungswesen sowie in der kommunalen Ver- und Entsorgung. Wie internationale Vergleiche zeigen, werden durch Privatisierungen in diesen und verwandten Bereichen Räume für zusätzliche Produktdifferenzierungen und neue Dienste geschaffen. Zugleich sind wohlstands- und beschäftigungsfördernde Kostensenkungen möglich. Die Erlöse der Privatisierung sollen für Neuinvestitionen und gegebenenfalls zur Schuldentilgung, keinesfalls aber für staatlichen Konsum verwendet werden. Wettbewerbsintensivierend wirkt schließlich die Lockerung von berufsständischen Zugangsbeschränkungen. Sofern solche Beschränkungen nicht aus Sicherheits- oder Verbraucherschutzgründen geboten sind, sind sie zu verringern.

Belastung der Wirtschaft vermindern

Zur Stärkung der dynamischen Kräfte von Wirtschaft und Gesellschaft müssen nicht zuletzt deren Belastungen durch die öffentliche Hand vermindert werden. Dabei ist zwischen Steuern und sonstigen Lasten zu unterscheiden.

Bei den Steuern ist Deutschland im internationalen Wettbewerb vor allem durch die geringe Durchschaubarkeit seines Steuersystems benachteiligt. Kennzeichnend für dieses System sind hohe Steuersätze bei einer im internationalen Vergleich schmalen Bemessungsgrundlage. Aufgrund dieser Verbindung ist Deutschland – gemessen an der tatsächlichen Steuerbelastung – nur in Teilbereichen ein Hochsteuerland. Doch erweckt es aufgrund seiner Steuersätze vor allem im Ausland generell diesen Eindruck. Er wurde in jüngerer Zeit noch verstärkt, weil eine Reihe von Ländern, unter ihnen die USA und das Vereinigte Königreich, die Steuersätze namentlich für Unternehmen weiter gesenkt und zugleich die Bemessungsgrundlage verbreitert hat. Diesem Trend muß sich Deutschland im Zuge der Globalisierung des Kapitalmarktes anpassen. Das Steueraufkommen wird dadurch zunächst nicht beeinträchtigt.

Darüber hinaus ist jedoch auch eine effektive steuerliche Entlastung von Wirtschaft und Gesellschaft geboten. Die Verminderung des Staatsanteils ist ein weiteres wichtiges Element der Erneuerungsstrategie. Zu diesem Zweck müssen staatliche Leistungen effizienter erbracht und/oder eingeschränkt werden. Beides ist möglich. Ergänzend hierzu sind Verschiebungen der Steuerlasten von der direkten zur indirekten Besteuerung, konkret von der Lohn- und Einkommensteuer zu Verbrauchsteuern wie der Mehrwertsteuer wünschenswert. Auch sollen Kapitalerträge nur noch mit einer mäßigen Abgeltungssteuer belegt werden. Diese Maßnahmen lassen in ihrer Summe einen Rückgang von Steuerflucht und -hinterziehung sowie Schwarzarbeit erwarten. Dadurch werden mögliche Einnahmeausfälle des Staates vermindert.

Bei den sonstigen Lasten spielen kommunale Gebühren und die Abwälzung staatlicher Aufgaben auf die Unternehmen eine wichtige Rolle. Kommunale Gebühren lassen sich durch die Privatisierung vor allem von Ver- und Entsorgungssystemen senken. Die öffentliche Hand muß aber auch darauf hinwirken, daß die Arbeitnehmer in absehbarer Zeit das von ihnen erwirtschaftete Bruttoarbeitseinkommen, also ihr Bruttoarbeitsentgelt zuzüglich der Arbeitgeberbeiträge an die sozialen Sicherungssysteme, ausgezahlt erhalten und dann – ähnlich wie Selbständige – ihre Lohn- und Einkommensteuern sowie Sozialabgaben individuell abführen. Dadurch wird nicht nur die Wirtschaft entlastet. Ebenso bedeutsam ist, daß auf diese Weise die Arbeitnehmer eine zutreffendere Vorstellung von den Kosten des Staates und der sozialen Sicherungssysteme erhalten. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Mündigkeit der Bürger gegenüber dem Staat.

Eine Entlastung der Wirtschaft ist ferner durch eine Verminderung der Kapitalkosten möglich. Allerdings sind diese mittlerweile erheblich von Entwicklungen des Weltkapitalmarktes abhängig und hinsichtlich der Zinsen für Fremdkapital national nur bedingt zu beeinflussen. Das trifft nicht auf die Energiekosten zu. Sie können durch Steuern in erheblichem Umfang national gestaltet werden. Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen und Strukturbrüchen sollten Energiesteuern jedoch auf internationaler oder zumindest auf der Ebene der EU geregelt werden. Alleingänge Deutschlands sind nicht sinnvoll.

Vermögensbildung verbreitern

Neben der Veränderung von Sicht- und Verhaltensweisen sowie bestimmten Rahmenbedingungen ist die Verbreiterung der Vermögensgrundlage breiter Bevölkerungsschichten die zweite Säule der Erneuerungsstrategie. Durch diese Verbreiterung erhalten mehr Menschen – mittelbar oder unmittelbar – besseren Zugang zum Produktivfaktor Kapital, der im Verbund mit Wissen in weiten Teilen der Volkswirtschaft den Produktivfaktor Arbeit verdrängt. Auf diese Weise ist sichergestellt, daß trotz der Verdrängung von Erwerbsarbeit große Teile der Bevölkerung an den durch Wissen und Kapital bewirkten Wohlstandssteigerungen teilnehmen. Hinzu kommt, daß eine vermögendere Bevölkerung sich besser unternehmerisch verhalten, namentlich Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge werden kann.

Ob und inwieweit durch diese Verbreiterung der Vermögensgrundlage auch eine Verbesserung der Beschäftigungssituation herbeigeführt wird, ist hingegen ungewiß. Wahrscheinlich sinkt mit verstärkter Vermögensbildung zunächst die Nachfrage nach Gütern und Diensten und damit nach Arbeitskräften. Mittelfristig kann jedoch das zunehmende Angebot an Kapital Investitionen fördern. Dadurch können zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Nicht auszuschließen ist aber auch, daß durch das steigende Kapitalangebot der Prozeß der Wertschöpfung noch wissens- und kapitalintensiver und zugleich beschäftigungsärmer wird. Dann aber würden die Vermögenseinkommen der Bevölkerung besonders kräftig sprudeln. Das wiederum kann dazu beitragen, daß sich Erwerbspersonen vom Arbeitsmarkt zurückziehen und so der Arbeitslosenanteil gesenkt wird.

Bereitschaft und Fähigkeit zur Vermögensbildung stärken

Allerdings ist die Verteilung des Vermögens vorerst noch sehr unterschiedlich. Das einkommensstärkste Fünftel der Bevölkerung verfügt über reichlich zwei Fünftel des Haus- und Grund- sowie Geldvermögens, das einkommensschwächste hat lediglich ein Vierzehntel. [...]

Das gilt in noch größerem Maße, wenn zwischen den Vermögensarten unterschieden wird. Mehr oder minder beachtliche Sachvermögen in Form von Möbeln, Autos usw. haben fast alle Haushalte. Auch ist zumindest in Westdeutschland fast jeder zweite Haushalt Eigentümer einer zumeist substantiellen Immobilie. Ganz anders ist die Verteilung von Geld- und Betriebsvermögen. Zwar verfügen die meisten Haushalte über irgendwelches Geldvermögen. Doch ist das Gefälle zwischen wohlhabenden und wirtschaftlich schwachen Haushalten sehr ausgeprägt. Ähnlich verhält es sich mit der Verteilung von Betriebsvermögen. Es befindet sich im wesentlichen im Eigentum von etwa 6 vH der Haushalte. Gerade die beiden letztgenannten Vermögensarten, Geld- und Betriebsvermögen, sind jedoch für den Erfolg der Erneuerungsstrategie entscheidend. Deshalb müssen Bereitschaft und Fähigkeit der Bevölkerung, gerade auch in diesem Bereich Vermögen zu bilden, gestärkt werden.

Der erste Schritt zur Verbreiterung der Vermögensgrundlage der Bevölkerung ist die Weckung des Bewußtseins, daß Erwerbseinkommen keineswegs nur die Frucht vorangegangener Arbeit sind, sondern das Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer Faktoren, ganz besonders von Kapital und Wissen. Folglich dürfen die Erwerbseinkommen auch nicht weitgehend der bloßen Erhaltung der Arbeitskraft, also dem Lebensunterhalt dienen. Vielmehr müssen sie auch zu Beteiligungen an Vermögen, besonders Geld- und Betriebsvermögen, verwendet werden. Erst dann ist der einzelne sowohl während als auch nach seiner Erwerbsphase nicht nur durch Erwerbseinkommen und später Transfers, sondern auch durch Vermögenseinkommen am Volkseinkommen beteiligt.

Wie bedeutsam der doppelte Zugang zum Volkseinkommen ist, zeigt die Entwicklung der Vermögenseinkommen. Während sich das Volkseinkommen in Westdeutschland pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1960 und 1993 im Geldwert von 1991 von 12 300 DM auf 30 100 DM nur etwa auf das etwa Zweieinhalbfache erhöhte, verzehnfachten sich die Vermögenseinkommen von 285 DM auf 2 760 DM. Dieser Trend wird sich künftig beschleunigt fortsetzen, besonders dann, wenn die Geldvermögensbildung durch eine strikte Stabilitätspolitik unterstützt wird. Geldwertstabilität hat in Volkswirtschaften, in denen Erwerbsarbeit zunehmend durch Kapital und Wissen ersetzt wird, einen noch höheren Rang als in der tradierten Arbeitermergesellschaft.

Zusammen mit der Bereitschaft zu größerer Vermögensbildung muß die Fähigkeit hierzu verbessert werden. Zwar verfügen bereits heute zwei Drittel der Bevölkerung über Einkommen, die ihnen eine substantielle Vermögensbildung erlauben. Soll sich jedoch die Vermögensbildung nicht auseinanderentwickeln und dadurch der Zugang zum Produktivfaktor Kapital ungleicher werden, muß auch das wirtschaftlich schwächste Drittel wo irgend möglich zur Vermögensbildung befähigt werden. Die beiden wichtigsten Instrumente hierfür sind abermals die Verringerung des staatlichen Verbrauchs, vor allem aber eine Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Heute binden die gesetzliche Alters- und Pflegeversicherung einen Großteil der Vermögensbildungskapazität vor allem der wirtschaftlich schwächeren Haushalte. So hat ein durchschnittlich verdienender Arbeitnehmer, der 45 Jahre lang einer Erwerbstätigkeit nachgeht, neben seinem ohnehin gebildeten Vermögen eine noch darüber hinausgehende Vermögensbildungskapazität von weit über einer Million DM. Das ist die Summe, die er bei einer unterstellten Verzinsung von 3 vH im Laufe seines Erwerbslebens an die gesetzliche Alters- und Pflegeversicherung abführt. Doch entstehen durch diese Leistungen nur Ansprüche gegen die sozialen Sicherungssysteme, nicht aber Vermögen, die eine Teilhabe an der Wertschöpfung von Wissen und Kapital ermöglichen. [...] Deshalb sind neben der Senkung des Staatsverbrauchs auch die gesetzliche Alters- und Pflegeversicherung den Bedingungen einer zunehmend kapital- und abnehmend arbeitsintensiven Volkswirtschaft so anzupassen, daß die Fähigkeit und Bereitschaft der Bevölkerung zu größerer individueller Vermögensbildung verstärkt wird.

Erfolgs- und Unternehmensbeteiligungen sowie Pensionsfonds ausbauen

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, Erfolgs- und mittel- oder unmittelbare Unternehmensbeteiligungen von Arbeitnehmern auszubauen. Dadurch steigen – so die bisherigen Erfahrungen – Lohnflexibilität und Arbeitsproduktivität, was wiederum zu höheren Erwerbseinkommen beitragen und die Voraussetzungen der Vermögensbildung verbessern kann. Durch die unmittelbare Beteiligung am Unternehmen werden zusätzlich unternehmerisches Denken und

Handeln in der Bevölkerung gefördert. Allerdings ist hierbei auf eine hinreichende Risikostreuung zu achten. Letztere ist in hohem Maße bei Pensionssondervermögen gewährleistet. Durch solche Sondervermögen können sich private Haushalte bei begrenzten Risiken langfristig an Produktivkapital und dessen Erträgen beteiligen.

Ergänzend hierzu empfiehlt die Kommission, alle Vermögensformen steuerlich gleich zu behandeln. [...] Nur durch die Gleichbehandlung ist sichergestellt, daß Ersparnisse dorthin fließen, wo sie den höchsten Ertrag erzielen und volkswirtschaftlichen Nutzen stiften. [...]

Anpassungsstrategie

Arbeitseinkommen differenzieren und senken

Obwohl durch die starke Zunahme der Produktivität von Wissen und Kapital und den steilen Anstieg der Zahl qualifizierter Arbeitskräfte im In- und Ausland der Preis für Arbeit in den frühindustrialisierten Ländern verfällt, wird in Deutschland und einigen anderen Ländern nicht zuletzt aus sozio-kulturellen Gründen versucht, zumindest die Stundenlöhne abhängig Beschäftigter stabil zu halten. Dies trägt zu einem beschleunigten Rückgang des Arbeitsvolumens bei sinkendem Erwerbstätigen- und steigendem Arbeitslosenanteil bei.

Wie der internationale Vergleich zeigt, läßt sich die Beschäftigungslage innerhalb weniger Jahre deutlich verbessern, wenn den Marktgegebenheiten entsprochen und der Preis für Arbeit gesenkt wird. Diese Senkung kann beispielsweise darin bestehen, daß künftige Lohnsteigerungen unterhalb der Produktivitätsentwicklung liegen. Allerdings werden positive Beschäftigungseffekte dann nur langsam eintreten. Wo die Beschäftigungslage innerhalb kurzer Zeit verbessert werden soll, müssen die realen und oft sogar nominalen Arbeitseinkommen zum Teil deutlich verringert werden. Das jedenfalls sind die bisherigen internationalen Erfahrungen.

Beide Vorgehensweisen, die nicht nur geeignet sind, die Investitions- und Innovationskraft der Unternehmen zu stärken, sondern auch die öffentlichen Haushalte entlasten können, lassen sich in unterschiedlichen Formen verwirklichen. Zum einen können die Arbeitseinkommen stärker differenziert werden, und zwar unter regionalen, sektoralen und qualifikatorischen Gesichtspunkten. In Betracht kommt ferner die Absenkung ihres Gesamtniveaus, wobei unterschieden werden kann zwischen einer Verminderung der Personalzusatzkosten und der Direktentgelte.

Eine stärkere regionale Differenzierung bedeutet, daß in Kollektivvereinbarungen größere Rücksicht genommen wird auf wachstumsschwache Gebiete oder solche, die sich im Strukturwandel befinden. Wirtschaftlich starke Regionen haben dann keine Pilotfunktion mehr. Auf diese Weise lassen sich regional Arbeitsplätze erhalten, die unter den derzeitigen Bedingungen beeinträchtigt werden. Umgekehrt wird hierdurch jedoch der Strukturwandel verlangsamt, was mittelfristig zu Wohlstandseinbußen führen kann. Ähnliches gilt für eine stärkere sektorale Differenzierung. Auch sie erfordert eine dezentralere Lohnfindung, die zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beiträgt. Doch verzögert sie ebenfalls den Strukturwandel.

Andere Folgen hat eine stärkere Lohndifferenzierung nach Qualifikationen. Hier geht es im wesentlichen um eine Senkung der Arbeitskosten von niedrig produktiven, standardisierbaren Tätigkeiten unabhängig von Region und Sektor. Für diese Tätigkeiten werden – wiederum aus sozio-kulturellen Gründen – in Deutschland und einigen anderen frühindustrialisierten Ländern Arbeitseinkommen oft oberhalb der Produktivität gewährt. Die Folge ist der weit überdurchschnittliche Abbau dieser Arbeitsplätze. In Ländern, in denen die Arbeitseinkommen der niedrigen Produktivität entsprechen, bleiben vorhandene Arbeitsplätze hingegen nicht nur erhalten, sondern weitere kommen sogar hinzu.

Allerdings zeigen die internationalen Erfahrungen auch, daß die Angleichung der Arbeitseinkommen an die Produktivität dieser Tätigkeiten einen Rückgang des bisherigen Lebensstandards mehr oder minder großer Bevölkerungskreise bewirken kann. Eine spürbar größere Lohndifferenzierung nach Qualifikationen bedingt also, daß die Bevölkerung bei einem Teil der Beschäftigten und Nicht-Beschäftigten einen möglicherweise sinkenden Lebensstandard hinnimmt und/oder kompensatorische Maßnahmen ergreift. [...]

Die tariflichen bzw. betrieblichen Personalzusatzkosten umfassen Leistungen wie Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld oder Gratifikationen. Dem materiellen Lebensstandard ist die Ver-

minderung des Urlaubsanspruchs am wenigsten abträglich. Ob hierdurch jedoch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, ist ungewiß. Allenfalls können bestehende Arbeitsplätze länger erhalten werden.

Beschäftigungswirksamer ist die spürbare Senkung von gesetzlichen Personalzusatzkosten. Allerdings kann auch diese Maßnahme – je nach Ausgestaltung – eine Verminderung des Lebensstandards mehr oder minder großer Bevölkerungsgruppen bewirken. Die geringsten Probleme wirft die Verminderung der Beitragsleistungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern an die gesetzlichen Sicherungssysteme auf, wenn zugleich deren Finanzierung durch Steuern gewährleistet bleibt. [...] Ergänzend hierzu müssen Leistungen der sozialen Sicherungssysteme vermindert werden.

Eine Senkung der Direktentgelte kommt nur als äußerstes Mittel in Betracht. Allerdings kann immer häufiger nur so die Wettbewerbsfähigkeit des Faktors Arbeit gegenüber Kapital und Wissen zumindest vorübergehend erhalten werden. Deshalb werden seit einiger Zeit in allen frühindustrialisierten Ländern einschließlich Deutschlands die Direktentgelte von Teilen der Erwerbsbevölkerung bereits vermindert.

Einfache, personenbezogene Dienste ausbauen

Ein weiterer Teil der defensiven Anpassungsstrategie zur Erhaltung und Mehrung von Arbeitsplätzen ist der Ausbau einfacher, personenbezogener Dienste. Wie sowohl der historische als auch der internationale Vergleich zeigen, gibt es in diesem Bereich ein erhebliches Beschäftigungspotential. Dieses Potential ist in Deutschland nicht ausgeschöpft. Würden solche Dienste hierzulande genauso angeboten und nachgefragt wie z.B. in den USA, entstünden hierdurch – bezogen auf die Bevölkerung – bis zu vier Millionen zusätzliche Arbeitsplätze. Modellhaft gäbe es dann in Deutschland keine Arbeitslosigkeit mehr. So aber werden diese Dienste entweder in Eigen- oder Schwarzarbeit oder auch gar nicht erbracht.

Kennzeichnend für sie ist, daß sie in der Regel von gering qualifizierten Erwerbspersonen geleistet werden können und wenig Wissen und Kapital erfordern. Damit eignen sie sich zum einen vor allem für den Teil der Erwerbsbevölkerung, der von Arbeitslosigkeit weit überdurchschnittlich betroffen ist. Zum anderen werden sie nicht durch den zunehmenden Einsatz von Wissen und Kapital verdrängt. Auch können ausländische Arbeitskräfte für die hier Beschäftigten nur dann zu Konkurrenten werden, wenn sie nach Deutschland kommen. Angesiedelt sind diese Dienste im wesentlichen im häuslichen Bereich, wo vor allem Bedarf in der Alten- und Kinderbetreuung besteht, im Freizeitbereich sowie in Randbereichen der Hotellerie, Gastronomie und des Einzelhandels.

Die bislang nur schwache Entwicklung dieses Dienstleistungssegments in Deutschland hat im wesentlichen zwei Gründe. Anbieter und Nachfrager haben oft unterschiedliche Vorstellungen vom Wert dieser Dienste, und beide haben mitunter hohe mentale Barrieren zu überwinden, um sie über den Markt abzuwickeln.

Der Anbieter erwartet für seine Tätigkeit – unabhängig von deren Produktivität – einen Lohn, der höher, keinesfalls aber niedriger ist als das durch die Sozialhilfe definierte Existenzminimum. Der Nachfrager will hingegen nicht mehr aufwenden als ihrer Produktivität entspricht. Da diese in der Regel gering ist, ist er zumeist auch nur bereit, ein geringes Entgelt zu zahlen. Dadurch erscheinen diese Dienste für den Anbieter als zu schlecht bezahlt und für den Nachfrager als zu teuer.

Dieses Dilemma läßt sich mildern, indem beispielsweise durch private oder auch öffentliche Agenturen die Suchkosten beider Seiten gesenkt und durch eine gezielte Zusammenführung von Anbietern und Nachfragern Friktionskosten vermindert werden. Darüber hinaus kommen partiell auch kostensenkende Deregulierungen in Betracht. Allerdings gilt auch hier, was bereits bei der Differenzierung und Senkung von Arbeitseinkommen festgestellt wurde: Bei einer produktivitätsorientierten Entlohnung einfacher, personenbezogener Dienste kann der Lebensstandard bestimmter Bevölkerungsgruppen sinken, es sei denn, sie erhielten zusätzlich zu ihren Erwerbs- noch Transfereinkommen.

Aber selbst wenn die Einkommensfrage gelöst wird, sind im Bereich der einfachen, personenbezogenen Dienste noch immer mentale Barrieren zu überwinden. Diese Barrieren sind zum Teil eine Folge der deutschen Geschichte. Im vorigen Jahrhundert wurde das bis dahin feudale Agrar- und Dienstleistungsland Deutschland innerhalb kurzer Zeit in ein Industrieland umgewan-

delt. [...] Einfache, personenbezogene Dienste kamen in den Ruch, der historisch überwundenen feudalen Periode anzugehören. Niemand sollte und wollte noch jemandes „Dienstbote“ sein. Hieran hat sich bis heute nur wenig geändert. Die Deutschen zögern nicht nur, solche Dienste anzubieten, sondern auch, sie anzunehmen. Viele wollen nicht dienen, viele wollen aber auch nicht bedient werden. Beide Seiten kostet das Überwindung. Die Kehrseite ist eine hochentwickelte Selbstversorgermentalität, die nicht allein mit Sparsamkeit zu erklären ist. Doch spielt auch sie eine Rolle. Die Kosten der Dienstleistung, vor allem der einfachen, personenbezogenen, werden noch immer an den Preisen von Industrieprodukten gemessen, die häufig an die Stelle von Dienstleistungen treten können. Um diese mentalen Barrieren zu überwinden, muß in der Bevölkerung das Bewußtsein geweckt werden, daß alles wirtschaftliche Handeln letztlich Dienst am Menschen ist oder doch sein sollte – gleichgültig ob über Güterproduktion oder personenferne Dienste vermittelt oder unmittelbar als personenbezogener Dienst erbracht. Letzterer kann sogar besonders befriedigen und hat seine eigene Würde. [...]

Folgen der Niedriglohnstrategie

Wird die Beschäftigungslage durch eine Vermehrung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich verbessert, wird bei einem Teil der Erwerbsbevölkerung der Lebensstandard steigen. Bei einem anderen Teil dürfte er hingegen sinken. Drei Bevölkerungsgruppen sind zu unterscheiden:

Eine erste Gruppe bilden Bezieher von Arbeitslosenhilfe und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger. Ihre Beschäftigungschancen verbessern sich und mithin ihre Aussichten auf einen höheren materiellen Lebensstandard. Mit zunehmender Ersetzung von Transfer- durch Erwerbseinkommen nimmt zugleich die Belastung der öffentlichen Haushalte ab, und deren Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen wachsen. Ähnliche Wirkungen sind für eine zweite Gruppe zu erwarten, bestehend aus Arbeitslosen, die weder Ansprüche gegen die Arbeitslosenversicherung noch die Sozialhilfe haben, sowie nicht sozialhilfeberechtigte Arbeitskräfte in der Stillen Reserve. Auch ihre Beschäftigungs- und Einkommenschancen nehmen zu, und gleichzeitig steigen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte. Anders ist die Lage einer dritten Gruppe. Bei ihr handelt es sich im wesentlichen um derzeit Erwerbstätige, die bei einer Niedriglohnstrategie aus höheren in niedrigere Einkommenschichten abgleiten. Zwar werden für einige hierdurch Arbeitsplätze erhalten bleiben, die anderenfalls wegrationalisiert worden wären. Doch ist zu vermuten, daß bei einer breiten Abwärtsbewegung der Arbeitseinkommen auch solche in Mitteldenschaſt gezogen werden, bei denen produktivitätsbedingte Kürzungen nicht geboten gewesen wären. Diese Vermutung liegt umso näher, als sich in Deutschland Arbeitgeber darauf verlassen können, daß kein Erwerbstätiger tiefer als das Sozialhilfeniveau zu fallen braucht, das durch Erwerbsarbeit noch um bis zu 270 DM monatlich (Stand 1997) aufgestockt werden kann. Fällt das Erwerbseinkommen unter dieses Niveau – und hat der Erwerbstätige kein sonstiges Einkommen oder Vermögen –, kann er ergänzend Sozialhilfe erhalten. Nicht auszuschließen ist, daß sich bei einer Niedriglohnstrategie Arbeitgeber diese Regelung zunutze machen.

Das aber würde zu Mehrausgaben der öffentlichen Haushalte beitragen, die durch Minderausgaben und Einnahmesteigerungen bei der ersten und zweiten Gruppe kaum ausgeglichen werden dürften. Soweit die Mehrausgaben die Einnahmesteigerungen übertreffen, droht deshalb über den Sozialbereich eine weitere Ausdehnung der öffentlichen Haushalte, die ihrerseits die Umgestaltung der Gesellschaft von der arbeitnehmerzentrierten Industrie- zur unternehmerischen Wissensgesellschaft beeinträchtigt. Diese Folge kann im Rahmen einer Niedriglohnstrategie nur vermieden werden, wenn auch das Sozialhilfeniveau für Erwerbsfähige gesenkt wird. Denn das derzeitige Niveau eröffnet – wenn überhaupt – nur geringe Spielräume für Lohnsenkungen niedrig produktiver Arbeitskräfte. Vor allem solche in Mehrpersonenhaushalten erzielen schon jetzt oft Einkommen, die nur geringfügig über der Sozialhilfe liegen. Allerdings hat eine solche Absenkung ambivalente Wirkungen.

Wie das Beispiel der USA zeigt, kann durch die Senkung des Sozialhilfeniveaus der Beschäftigungsstand besonders im Niedriglohnbereich abermals erhöht werden. Erwerbsfähige werden geneigter, Arbeit auch zu noch niedrigeren Löhnen anzunehmen. Auf diese Weise wird wiederum das Wirtschaftswachstum angeregt, da Leistungen erbracht werden, die unter den bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen nicht oder jedenfalls nicht über den Markt abgewickelt werden. [...] Schließlich wird auch der Zuwandererdruck nachlas-

sen, wenn zum einen die erzielbaren Erwerbseinkommen sinken und zum anderen auch niedrig bezahlte Arbeitsplätze von Einheimischen eingenommen werden. Diese insgesamt positiven Wirkungen gehen jedoch einher mit wachsender materieller und immaterieller Ungleichheit. Wird das durch die Sozialhilfe definierte Existenzminimum spürbar gesenkt, verändern sich die Erscheinungsformen von Armut. In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. Auch hier sind die Erfahrungen, die in den USA und anderen Ländern gesammelt werden können, recht eindeutig. [...] Die Nachteile der defensiven Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch muß auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft noch nicht hinreichend wirksam geworden ist. Bis dahin müssen sich die Politik, aber auch die Gesellschaft insgesamt auf schmalen Grat bewegen. Einerseits darf die soziale Ungleichheit nicht die gesellschaftliche Stabilität gefährden. Andererseits darf der notwendige und wünschenswerte Wandel der Gesellschaft nicht behindert werden. Wenn sich dadurch die Einkommenssituation von Bevölkerungsteilen verschlechtert, ist dies die Folge der bislang unzulänglichen Anpassung der Wirtschaft, vor allem aber der Gesellschaft an die wissens- und kapitalintensive Produktionsweise unter Bedingungen der Globalisierung. Diese Anpassung ist unvermeidlich, um auch künftig breiteste Bevölkerungsschichten an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben zu lassen.

Individuelles Angebot von Erwerbsarbeit vermindern

Teil der Anpassungsstrategie ist schließlich die noch kleinere Stückelung von Erwerbsarbeit durch die Förderung von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung sowie die Verkürzung individueller Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Zwar ist im Unterschied zur Differenzierung und Senkung von Arbeitseinkommen sowie zum Ausbau einfacher, personenbezogener Dienste die kleinere Stückelung vorhandener Erwerbsarbeit kein Grund, bestimmte Tätigkeitsfelder zu erhalten oder neu zu erschließen. Doch können durch sie – bei gegebenem Arbeitsvolumen – mehr Menschen einen Arbeitsplatz finden, wie derzeit zum Beispiel in den Niederlanden zu beobachten ist. Unverzichtbare Voraussetzung für den Beschäftigungserfolg dieser Vorgehensweise ist allerdings, daß sie weder unmittelbar noch mittelbar zur Erhöhung der Arbeitskosten beiträgt. Anderenfalls entstehen durch die Teilung von Vollzeitarbeitsplätzen bzw. die Verkürzung individueller Arbeitszeit keine zusätzlichen Beschäftigungsmöglichkeiten. Vielmehr treten an die Stelle von Vollzeitarbeit zunehmend Teilzeitarbeit, geringfügige Beschäftigung und ähnliches, ohne daß die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt steigt. Konkret: Erhöhen sich durch die kleinere Stückelung die Arbeitskosten, verschlechtert sich die Beschäftigungslage. Höherwertige Arbeitsplätze werden durch geringerwertige ersetzt. Das ist die eindeutige Erfahrung, die bislang mit kostenreduzierenden Stückelungen von Erwerbsarbeit gesammelt wurde. Anlaß, für die Zukunft etwas anderes zu erwarten, besteht nicht.

Damit läuft auch die kleinere Stückelung – wie alle anderen Elemente der Anpassungsstrategie – auf niedrigere Arbeitseinkommen eines Teils der Erwerbsbevölkerung hinaus. Zwar vermindern sich nicht die Stundenlöhne – obwohl auch das nicht ganz auszuschließen ist –, und individuellen Einkommensverlusten steht mehr Freizeit gegenüber. Dennoch ist diese Vorgehensweise nichts anderes als eine Umverteilung von Arbeitseinkommen, so daß den Einkommensgewinnen der einen entsprechende Einkommensverluste von anderen gegenüberstehen.

Deshalb ist eine weitere Voraussetzung für den Beschäftigungserfolg der kleineren Stückelung von Erwerbsarbeit, daß das individuelle Arbeitsangebot entweder freiwillig vermindert oder hierüber zumindest – ähnlich wie in den Niederlanden – ein breiter gesellschaftlicher Konsens herbeigeführt wird. Ohne Freiwilligkeit oder Konsens sind massenhaft Ausweichreaktionen zu erwarten. Erwerbspersonen werden – wie in Italien, dem Vereinigten Königreich oder den USA – versuchen, unfreiwillige Einkommenseinbußen durch die Nachfrage zusätzlicher Erwerbsarbeit auszugleichen. Dadurch wird die angestrebte Entlastung des Arbeitsmarktes vereitelt. Zwar kann davon ausgegangen werden, daß Bereitschaft zur Verminderung des individuellen Angebotes von Erwerbsarbeit vorhanden ist. Ob und in welchem Umfang diese Bereitschaft fortbesteht, wenn die Erwerbseinkommen zusammen mit der Arbeitszeit zurückgeführt werden und sich darüber hinaus die Einkommensverhältnisse eines Teils der Erwerbsbevölkerung verschlechtern, ist jedoch ungewiß. [...]

Ebenfalls auf der Grundlage strikter Kostenneutralität und Freiwilligkeit sind die vorzeitige Beendigung der Lebensarbeitszeit sowie Arbeitsunterbrechungen während des Erwerbslebens wie Sabbaticals oder Erziehungsurlaube zu erleichtern. Allerdings kann diese Erleichterung in der Regel nicht in der Gewährung zusätzlicher Transfereinkommen bestehen. [...]

Das individuelle Angebot von Erwerbsarbeit ist schließlich durch die strikte Anwendung der Zumutbarkeitsanforderungen zu verringern. Dadurch können Deutsche und EU-Ausländer veranlaßt werden, ihre eigenen Bemühungen um einen Arbeitsplatz zu verstärken oder sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Noch bedeutsamer ist jedoch, daß auf diese Weise hier ansässige Erwerbspersonen Arbeitsplätze besetzen, die derzeit an zuwandernde Nicht-EU-Ausländer vergeben werden, weil sich für sie keine deutschen oder EU-Arbeitskräfte finden. Aufgrund dieser Zuwanderung von Nicht-EU-Ausländern wächst das Arbeitskräftepotential in Deutschland ständig an, und gleichzeitig bleibt das Niveau der Arbeitslosigkeit hoch. Durch die strikte Anwendung der Zumutbarkeitsanforderungen vermindert sich für Nicht-EU-Ausländer der Anreiz, zur Arbeitsaufnahme nach Deutschland zu kommen.

Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen

Zugleich mit der Erhaltung und Schaffung marktgängiger Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich soll der Wandel von der arbeitnehmerzentrierten Industrie- zur unternehmerischen Wissensgesellschaft flankiert werden durch die Erschließung nicht-marktgängiger, aber gemeinwohlorientierter Arbeit: Bürgerarbeit. Durch diese Bürgerarbeit sollen zum einen die Folgen des Bedeutungsschwundes von Erwerbsarbeit in Teilbereichen der Volkswirtschaft und der mit ihnen einhergehenden Krise des Sozialstaates gemildert werden. Zum anderen soll durch sie der zunehmenden Individualisierung der Gesellschaft Rechnung getragen und einer möglichen Erosion der Demokratie vorgebeugt werden.

Die Bürgerarbeit ist kooperativ und projektbezogen. Die Projekte liegen jenseits von Erwerbsarbeit und Freizeitbeschäftigungen, Tätigkeiten von Wohlfahrtsverbänden und im Rahmen von Sozialhilfe, Zivildienst, einfachen, personenbezogenen Diensten und nicht zuletzt Schwarzarbeit. Sie sind zeitlich begrenzt und werden von Ausschüssen, die von den Gemeinden eingesetzt werden, ausgewählt. Die Durchführung der Projekte wird von den Projektbeteiligten unter der Leitung unternehmerisch befähigter Persönlichkeiten selbst organisiert.

Die Beteiligung an derartigen Projekten ist freiwillig und steht allen Erwerbsfähigen offen – Erwerbstätigen und Arbeitslosen, Hausfrauen und Studenten, Sozialhilfeempfängern und Rentnern. Doch hat niemand einen Anspruch auf Beteiligung. Die Auswahlkriterien sind Qualifikation und Bedarf. [...] Die Bürgerarbeit wird nicht ent-, aber immateriell und materiell belohnt. Die immaterielle Belohnung besteht in der Erlangung von Qualifikationen und Ehrungen. Materiell erhalten diejenigen ein Bürgergeld, die hierauf existentiell angewiesen sind. Die Voraussetzungen sind die gleichen wie bei Gewährung von Sozial- bzw. Arbeitslosenhilfe. Die erforderlichen Mittel werden den Haushalten der Sozial- und Arbeitslosenhilfe entnommen. Doch sind die Bezieher von Bürgergeld – bei sonst gleichen Voraussetzungen – weder Empfänger von Sozial- noch von Arbeitslosenhilfe. Auch stehen sie während einer Projektbeteiligung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, es sei denn, sie wünschen das. Sie sind keine Arbeitslosen.

Diese Bürgerarbeit hat zunächst experimentellen Charakter. Sie wird sich erst im Laufe der Zeit strukturieren und gegen verwandte Beschäftigungsformen abgrenzen. Auch wird es einige Zeit dauern, ehe in ausreichender Zahl qualifizierte Impulsgeber zur Verfügung stehen. Trotz unvorhersehbarer Probleme zumindest in der Anfangsphase soll der Versuch gewagt werden, Modelle der Bürgerarbeit zu entwickeln. [...]

Hinweis: Über die wirtschaftliche Entwicklung des Projekts „Blätter“ sowie neue Konsolidierungsvorschläge werden wir in der März-Ausgabe berichten. Zum Redaktionsschluß des vorliegenden Heftes lagen noch nicht alle Daten vor. Wir bitten um Geduld und Verständnis.

Verlag und Redaktion